



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 117

Nachrichten und Notizen

17.12.2013

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

heute hat der Deutsche Bundestag Angela Merkel zum dritten Mal zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Bei der zurückliegenden Bundestagswahl ist uns etwas gelungen, was nicht mehr Viele für möglich gehalten haben. Die Unionsparteien haben die erhofften 40 Prozent plus X geholt! Am Ende sind es sogar 41,5 Prozent geworden. Am Wahlabend sah es zeitweise nach einer absoluten Mehrheit von CDU/CSU im Bundestag aus. Unter dem Strich hat uns der Wähler letztlich ein schwieriges Wahlergebnis beschert. Denn aufgrund des Ausscheidens der FDP aus dem Parlament und dem knappen Scheitern der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde war das erneute Bilden einer bürgerlichen Koalition leider nicht möglich. Das ist bitter und trübt unser tolles Ergebnis.

Das komplizierte Wahlergebnis auf Bundes- wie auf Landesebene führt nun zu der absurden Situation, dass ich mich in Zusammenarbeit mit beiden Parteien, die ich im Wahlkampf am heftigsten bekämpft habe, wiederfinde. Wir werden nun im Bund zusammen mit der SPD eine Koalition bilden (müssen). Dies kostet uns einige Kompromisse, aber wir haben keine vernünftige Alternative.

Auf Bundesebene kam es im Rahmen der Koalitionsverhandlungen darauf an, Steuererhöhungen und sonstige Beeinträchtigungen der guten wirtschaftlichen Situation möglichst zu verhindern. Dies ist weitgehend, aber nicht vollständig gelungen. Leider greift die Staatsgläubigkeit auch in meiner Partei immer weiter um sich, was beim Fehlen eines liberalen Korrektivs zu den zu be-

obachtenden Ergebnissen führt. Den Koalitionsvertrag können Sie hier herunterladen: <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>

Auf Landesebene schildern mir alle dicht am Verfahren Beteiligten, dass sich hinsichtlich der Ergebnisse der Verhandlungen, besonders aber in puncto Verlässlichkeit mit den Grünen am ehesten eine erfolgreiche Landespolitik umsetzen lässt. Ich habe unseren Verhandlungsbeteiligten mitgegeben, dass sie sich neben den starken Unterschieden in gesellschaftspolitischen Fragen insbesondere bei der weiteren Entwicklung des Flughafens Frankfurt, der drohenden Verheerung unserer Kulturlandschaft durch Windindustrieanlagen und zu befürchtenden Verschlechterungen für Landwirtschaft und Weinbau als sehr hartnäckig beweisen sollen.

Seien Sie versichert, dass ich die Vorgänge auf Bundes- und Landesebene gewohnt kritisch begleiten werde.

Gesine Löttsch

Es ist eine parlamentarische Gepflogenheit, dass ein Mitglied der stärksten Oppositionspartei den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages stellt. In der letzten Legislaturperiode hatte die SPD den Vorsitz inne; während der letzten Großen Koalition war der Posten an die FDP gefallen. Nun soll die Linkspartei den Vorsitz bekommen und hat Gesine Löttsch als Vorsitzende ausgemacht.

Parlamentarische Gepflogenheiten sind ein hohes Gut. Auch finde ich den Gedanken, der hinter der Vergabe dieses Postens an die stärkste Oppositionspartei steht, sehr gut. Aber dass mit Gesine Löttsch eine bekennende Kommunistin und

Linksradikale in dieser Legislaturperiode den wichtigsten Ausschuss leiten soll, muss verhindert werden. Frau Löttsch ist als Vorsitzende des Haushaltsausschusses denkbar ungeeignet.

Im Januar 2011 schrieb Löttsch einen Gastbeitrag in der Jungen Welt unter der Überschrift „Wege zum Kommunismus“: Darin war unter anderem der Satz zu lesen: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“ Wie viele Millionen Tote hätten in der Weltgeschichte verhindert werden können, wenn man von dieser Suche die Finger gelassen hätte!

Im August 2011 verharmloste Löttsch den Bau der Berliner Mauer in einem Zeitungsinterview als eine zwanghafte Folge des Zweiten Weltkrieges. Da war sie wieder, die kommunistische Propaganda vom antifaschistischen Schutzwall!

Im August 2011 schrieb Löttsch zusammen mit Klaus Ernst einen Brief an den kubanischen Diktator Fidel Castro, in dem sie dem „lieben Genossen“ herzlich zum Geburtstag gratulierten. Zudem beglückwünschten sie ihn, wie stolz er auf die Entwicklung in Kuba sein könne. Polemisch kann man hier anmerken, dass dort wirklich (fast) alle gleich sind – nämlich gleich arm und unfrei!

Im Oktober hat Löttsch im Rahmen der Eröffnung einer Wanderausstellung zur „Palastvernichtung“ 2013 die DDR-Diktatur verharmlost und ließ sich zu der Aussage hinreißen, dass der Bundestag im Gegensatz zum Palast der Republik kein Haus des Volkes sei.

Im November 2013 erklärte Löttsch in einer Laudatio für die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano, dass der Kapitalismus für „Krieg und Elend verantwortlich“ sei. Zudem rief sie dazu auf, Widerstand gegen den „Kalten Krieg des Geldes“ zu leisten.

Wer wie Frau Löttsch unbeirrt von Millionen Toten im letzten Jahrhundert weiter als Ziel den Kommunismus propagiert, stellt sich selbst außerhalb unserer Verfassungsordnung. Hier müssen wehrhafte Demokraten rechtzeitig die Stimme erheben.

Löttsch wirft ihren Kritikern immer wieder vor, diese hätten zum Beispiel ihren Aufsatz „Wege zum Kommunismus“ nicht gelesen. Für alle, die sich selbst ein Bild machen wollen, empfehle ich

dringend die Lektüre des Aufsatzes, den Sie hier abrufen können:

http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de/article/272.wege_zum_kommunismus.html

Löttsch zitiert darin ihr politisches Vorbild Rosa Luxemburg: „So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpresse in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen.“ Um nichts anderes geht es. Leider wird die kommunistische Diktatur immer noch verharmlost.

Ich empfehle jedem Berlin-Reisenden einen Besuch in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, dem ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis in Berlin. Die Führung wird in der Regel von ehemaligen Häftlingen übernommen. Ein interessanter Nebenaspekt ist, dass die Gedenkstätte inmitten von Löttschs Wahlkreis Berlin-Lichtenberg liegt. In dem Wahlbezirk, in dem das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis liegt, holte Löttsch 41,0% Erststimmen. Das Gefängnis war zu DDR-Zeiten auf keinem Stadtplan verzeichnet. Um es herum wurden nur treue Parteikader angesiedelt. Da wundert es mich wenig, wenn in den entsprechenden Wahllokalen auch mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall noch solche Wahlergebnisse zustande kommen. Eigentlich sollte es genau anders herum sein! Leider werden aber auch heutzutage immer wieder ehemalige Häftlinge als „Märchenonkel“ aus fahrenden Autos heraus beschimpft.

Wir haben die absurde Situation, dass die SED-PDS-Linkspartei sich als Interessensvertreter derer ausgibt, für deren Unheil sie selbst verantwortlich ist. Ihre Vertreter haben politische Unfallflucht begangen und wurden für ihre Verbrechen nie belangt.

Um eine weitere Aufwertung der Neokommunisten zu verhindern, habe ich mit einigen Kollegen (parteiübergreifend!) folgenden Brief an die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im Bundestag verfasst, in dem es unter anderem heißt:

„Im Anblick des bevorstehenden 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer wäre es ein falsches Signal an die Opfer des DDR-Regimes, wenn eine Person wie Frau Dr. Löttsch, die sich

nicht eindeutig von Kommunismus und den Verbrechen der SED-Diktatur distanziert, in eine bedeutsame Position des Deutschen Bundestags gewählt werden würde.

Aus den genannten Gründen halten wir Frau Dr. Löttsch insbesondere für den Vorsitz des Haushaltsausschusses für absolut nicht geeignet.“

Wir haben für unseren Vorstoß viel Unterstützung bekommen, konnten letztendlich mit unserer Forderung allerdings noch nicht durchdringen. Im kommunistischen Lager hat unsere Initiative zu einigem Unbehagen geführt. In einem Kommentar in der Jungen Welt werden wir sogar als „Demokratieblockwarte“ bezeichnet. Hier der Link dazu:

<http://www.jungewelt.de/2013/12-07/007.php>

Treffender hat es in diesen Tagen ein FAZ Leser in seinem Online-Kommentar ausgedrückt: „Herr Mandela hätte bei einem stumpfsinnigen Buren die Grenze gezogen, der zwanzig Jahre nach der Befreiung nach "Wegen zur Apartheid" sucht!“

Bahnlärm im Koalitionsvertrag

Meinen Abgeordnetenkollegen aus der Region und mir ist es gelungen, den Lärmschutz an der Schiene prominent und ausdrücklich im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung zu verankern.

Auf Seite 41 verpflichten wir uns dort zur Halbierung des Schienenlärms bis 2020 und zum Verbot lauter Güterwagen. Die Umrüstung auf leisere Bremstechniken fördern wir weiter finanziell und überprüfen 2016 den Stand der Umrüstung. Sollten bis dahin nicht mindestens die Hälfte der Güterwagen umgerüstet sein, werden wir ordnungsrechtliche Konsequenzen einleiten und beispielsweise Nachfahrverbote für nicht umgerüstete Waggons erlassen.

Die bestehenden Anreize des lärmabhängigen Trassenpreissystems werden wir verstärken und so Betreiber lauter Wagen stärker zur Kasse bitten. Wir werden insgesamt mehr in den Lärmschutz investieren. Die Umsetzung dieser Ziele werden wir weiter mit Nachdruck verfolgen und überwachen. Die Bahn hat die Halbierung des Lärms bis 2020 als eines ihrer drei Hauptkernziele festgeschrieben.

Gemeinsam mit Bahnchef Dr. Rüdiger Grube bin ich mir bewusst, dass dieses Ziel zwar ehrgeizig gesteckt ist, aber durchaus erreicht werden kann. Wir sind überzeugt, die Industrienation Deutschland wird es schaffen, auch weil Politik und Bahn auf dieses Ziel gemeinsam hinarbeiten.

Ein Jahr Projektbeitrag leiseres Mittelrheintal

Am 05. Dezember fand in der Konzernzentrale der Deutschen Bahn in Berlin die jüngste Beiratssitzung statt. Damit besteht der Projektbeitrag als Zusammenschluss von Bürgerinitiativen, Bahn und Politik nunmehr seit einem Jahr. Im konstruktiven Dialog arbeiten wir dort an konkreten Lösungen und Verbesserungen für die betroffenen Menschen im Mittelrheintal.

So koordiniert der Beirat beispielsweise maßgeblich den zielgenauen Einsatz der 21,7 Millionen Euro, die im Rahmen des Infrastruktur-Beschleunigungs-Programms II für den Lärmschutz der Region im Haushaltsausschuss des Bundestages freigegeben wurden.

Der Einbau besohlter Schwellen in Eltville-Hattenheim und Rüdesheim-Assmannshausen ist bereits in der Planungsphase. Ebenso in der Planungsphase befindet sich der Einbau von Schienenstegdämpfern bzw. Schienenstegabschirmungen über 1,8 Streckenkilometer in Rüdesheim-Stadt, über 2,6 Streckenkilometer in Rüdesheim-Assmannshausen und über 2,8 Streckenkilometer in Lorch bzw. Lorchhausen. Hier erhoffen wir uns baldige Umsetzung im kommenden Jahr.

Derzeit wird im Auftrag des Beirats eine Machbarkeitsstudie für weitergehende Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt. Die Lärmschutzexperten der Firma Wölfel haben dazu bereits Anfang November die Begutachtung der betroffenen Ortslagen in Eltville, Oestrich-Winkel, Rüdesheim und Lorch durchgeführt.

Ziel ist es, so die effizientesten Lärmschutzmaßnahmen zu identifizieren, um dann weitere Gelder gezielt und wirkungsgerecht einsetzen zu können. Darüberhinaus wird die Bahn ein Sonderprogramm „Schienenschleifen“ auflegen und bei den betroffenen Streckenteilen zusätzliche Schleifvorgänge durchführen. Von dieser Maßnahme versprechen wir uns eine Reduzierung des Lärms um bis zu drei Dezibel.

Insgesamt ziehe ich ein absolut positives Fazit aus der bisherigen Arbeit des Projektbeirats. Das gute Miteinander und das gegenseitige Verständnis werden uns helfen, tragfähige und langfristige Lösungen für unsere Heimat zu finden.

Neuer Bezirksvorsitzender der CDU Westhessen

Am 29. November 2013 wurde ich von den Delegierten des CDU-Bezirksparteitages Westhessen mit 95,6 % zum neuen Vorsitzenden unseres Bezirksverbands gewählt. Ich freue mich, einen lebendigen und erfolgreichen Verband zu übernehmen und möchte meinem Vorgänger Horst Klee MdL herzlich für seine Arbeit danken. In den Landkreisen Rheingau-Taunus und Limburg-Weilburg und Wiesbaden ist die CDU der Garant für politische Stabilität und Verlässlichkeit. Wir haben dort bei den Bundestags- und Landtagswahlen wieder alle Direktmandate gewinnen können und möchten unsere erfolgreiche Politik an der Seite der Bürger fortsetzen. Es ist mir Verpflichtung und Ehre zugleich, unseren starken CDU-Bezirksverband nun im Präsidium und im Landesvorstand der CDU Hessen zu vertreten.

Jahresabschluss

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Die Bundestagswahl liegt nun drei Monate zurück. Im neuen Jahr wird wieder Normalität einkehren, wengleich die Jahre nach Bundestagswahlen immer intensiver sind: Es stehen zweimal Haushaltsberatungen an.

Ganz persönlich möchte ich mich für mein Wahlergebnis in unserem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg bedanken. Mit 52,1 Prozent der Erststimmen haben Sie mich nun zum fünften Mal direkt in den Deutschen Bundestag entsandt. Das ist eine Steigerung um satte sechs Prozentpunkte. In 18 von 27 Städten und Gemeinden habe ich mehr als fünfzig Prozent der Erststimmen erreicht. In zwei Gemeinden waren es sogar mehr als sechzig Prozent. Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihr vielfaches engagiertes Mittun!

Ebenfalls mit starkem Rückenwind ziehen Petra Müller-Klepper (49,7 %) und Peter Beuth (47,9) wieder in den Hessischen Landtag ein. Beide

CDU-Bewerber erzielten ein Ergebnis, das deutlich über dem landesweiten Anstieg der Union lag, und konnten in allen Städten und Gemeinden zulegen. Auch die beiden Landtagswahlkreise, die im Limburger Teil meines Wahlkreises liegen, konnte die Union souverän gewinnen. Mein ehemaliger Büroleiter Andreas Hofmeister (43,8 %) sowie Joachim Veyhelmann (51,2 %) ziehen beide mit beeindruckenden Wahlergebnissen zum ersten Mal in den Landtag ein.

*** **

Die Weihnachtstage möchte ich im Kreise meiner Familie verbringen. Es gibt nichts Schöneres auf der Welt, als Zeit mit denen zu verbringen, die uns am wichtigsten sind.

Für Sie und Ihre Lieben wünsche ich ebenso frohe Festtage und alles Gute im Neuen Jahr, vor allem Glück, Gesundheit und Gottes Segen!

Verabschieden möchte ich mich traditionell mit einem Weihnachtsgedicht, das in diesem Jahr von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben stammt:

Weihnachtszeit

*O schöne, herrliche Weihnachtszeit!
Was bringst du Lust und Fröhlichkeit!
Wenn der heilige Christ in jedem Haus
teilt seine lieben Gaben aus.
Und ist das Häuschen noch so klein,
so kommt der heilige Christ hinein,
und alle sind ihm lieb wie die Seinen,
die Armen und Reichen, die Grossen und Kleinen.
Der heilige Christ an alle denkt,
ein jedes wird von ihm beschenkt.
Drum lasst uns freuen und dankbar sein!
Er denkt auch unser, mein und dein!*

Hoffmann von Fallersleben (1798-1874)

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.